

(Minister Ernst Schwanhold)

(A) gebührenden Form besprechen. Dazu lade ich Sie ausdrücklich ein.

Im Jahre 2000 wurden z. B. rund 6.500 Kurzbaustellen eingerichtet, von denen 1.100 in den Nachtstunden abgewickelt wurden. Für das Jahr 2001 wird mit einer ähnlichen Größenordnung und Verteilung zu rechnen sein. Rund 20 % finden also in der Nacht statt.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)

Die Straßenbauverwaltung ist auch weiterhin bestrebt, den Anteil von Nachtarbeiten im Sinne der Stauvermeidung zu erhöhen. Allerdings sind diesen Verlagerungen von betrieblichen Arbeiten in Nachtzeiten enge Grenzen gesetzt. Im Wesentlichen sind dies die gesetzliche Verpflichtung zur Einhaltung der Nachtruhe in städtischen Bereichen und die Schwierigkeiten der nächtlichen Materialbeschaffung, Deckeneinbauten oder solche Dinge, zusätzlich erforderliche Sicherheitsvorkehrungen für das Baustellenpersonal und die Verkehrsteilnehmer. Zumindest das muss berücksichtigt werden.

(B) Aus heutiger Sicht kann ich sicherlich nicht dafür garantieren, dass nicht doch auch in der Urlaubszeit die eine oder andere Tagesbaustelle zur Gefahrenabwehr erforderlich sein wird. Sie können davon ausgehen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Straßenbauverwaltung diese auf ein Minimum beschränken werden.

Eines will ich allerdings gerne noch hinzufügen: Wir tun so, als ob der Stau etwas Anonymes wäre. Das ist er weiß Gott nicht! Wir alle sind betroffen. Wenn wir im Stau stehen, sind wir Teil des Staus. In Nordrhein-Westfalen ist es in der Ferienzeit nicht anders als in anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Dies ist kein nordrhein-westfälisches Phänomen, sondern eines, das mit dem hohen Verkehrsaufkommen, der hohen Verkehrsdichte und übrigens auch mit individueller Rücksichtslosigkeit zu tun hat.

Die meisten Staus entstehen durch Unfälle. Diese Staus können wir übrigens am allerwenigsten leiden; denn dabei kommen Menschen zu Schaden.

Wenn sich die Menschen darauf verständigen würden, nicht noch in der Nacht in den Urlaub zu

fahren, die einem langen Arbeitstag folgt, würde auch mancher durch Übermüdung entstehende Unfall vermieden werden. Wenn Sie wenigstens diesen Appell untergebracht hätten, hätte ich die Ehrlichkeit Ihrer Absicht erkennen können. - Herzlichen Dank für die Geduld. (C)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Minister. - Wir sind damit am Ende der Beratung.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den **Antrag Drucksache 13/1307**. Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt dem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich?

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Gestern wart ihr besser!)

Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der grünen Fraktion **abgelehnt**, meine Damen und Herren.

Ich rufe auf:

**9 Gesetz zur Änderung des Meldegesetzes NW** (D)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/752

Beschlussempfehlung  
des Ausschusses für Innere Verwaltung und  
Verwaltungsstrukturreform  
Drucksache 13/1202

zweite Lesung

Eine Beratung ist nicht vorgesehen.

Ich lasse deshalb **abstimmen** über die **Beschlussempfehlung Drucksache 13/1202**, den Gesetzentwurf Drucksache 13/752 unverändert anzunehmen. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Die Beschlussempfehlung ist einstimmig **angenommen**.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt auf: